

**Verordnung
zum Sozialhilfegesetz
(Sozialhilfeverordnung)**

Vom 20. Dezember 1983 (Stand 1. Januar 2016)

Der Regierungsrat des Kantons Zug,

in Vollziehung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz, SHG) vom 16. Dezember 1982¹⁾, gestützt auf § 47 Abs. 1 Bst. d der Kantonsverfassung²⁾, *

beschliesst:

1. Organisation**§ 1 Kantonales Sozialamt ***

¹ Die Aufgaben der Direktion des Innern im Unterstützungswesen (§§ 19 bis 33 SHG) werden dem kantonalen Sozialamt (KSA) übertragen. Ausgenommen sind Entscheide über Streitigkeiten unter den Gemeinden nach § 30 Abs. 2 Bst. d SHG sowie die Abweisung von Einsprachen und die Erhebung von Beschwerden im Sinne von Art. 34 des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger vom 24. Juni 1977 (Z.U.G.)³⁾.

² Dem kantonalen Sozialamt können weitere Aufgaben aus dem Sozialhilfegesetz zugewiesen werden. *

³ ... *

§ 1^{bis} * ...

¹⁾ BGS [861.4](#)

²⁾ BGS [111.1](#)

³⁾ SR [851.1](#)

§ 2 Gemeindliche Sozialhilfe

¹ Die Direktion des Innern kann zu Koordinationszwecken Auskünfte bei den Einwohner- und Bürgergemeinden einholen. *

² ... *

§ 3 * ...

§ 4 * ...

§ 5 * ...

§ 6 Vermögensverzehr

¹ Bei der Festsetzung des Vermögensverzehrs (§§ 19 Abs. 2, 29 SHG) können besondere Lebensumstände des Betroffenen berücksichtigt werden. *

² Vermögenswerte gelten als nicht realisierbar (§ 19 Abs. 2 SHG), wenn der Bedürftige auf sie angewiesen ist, eine Darlehensaufnahme nicht möglich oder aus Gründen der Zinslast nicht zumutbar ist, ferner wenn kein angemessener Preis erzielt werden kann oder andere wichtige Gründe eine Realisierung als unzumutbar erscheinen lassen.

³ Besteht der Vermögenswert in einem landwirtschaftlichen Gewerbe oder Grundstück, so sind die Weisungen der Direktion des Innern einzuholen, die ihrerseits die Volkswirtschaftsdirektion einbezieht. *

⁴ ... *

§ 7 * ...

§ 8 * ...

2. Ausgestaltung und Arten der Unterstützung ***§ 9 *** Anwendbarkeit der SKOS-Richtlinien *

¹ Die Ausgestaltung und das Ausmass der Unterstützung (§§ 20 und 29 SHG) richten sich nach den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien).

² Der Regierungsrat kann ergänzende und präzisierende Vorschriften zu den SKOS-Richtlinien erlassen oder festlegen, dass bestimmte Teile nicht anwendbar sind.

2.1. Einkommensfreibeträge und Integrationszulagen *

§ 9a * Einkommensfreibeträge für Erwerbstätige

¹ Erwerbstätige mit Unterstützungsanspruch erhalten einen vom Beschäftigungsumfang abhängigen Einkommensfreibetrag.

² Der Einkommensfreibetrag wird bei der Bemessung des Unterstützungsanspruchs bedarfseitig angerechnet.

³ Für Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt, die das 25. Altersjahr vollendet haben, werden die Einkommensfreibeträge wie folgt festgelegt:

Beschäftigungsumfang (100 Prozent = 180 oder mehr Stunden pro Monat)	Einkommensfreibetrag (pro Person und Monat)
bis 10 Prozent	120 Franken
20 Prozent	192 Franken
30 Prozent	264 Franken
40 Prozent	336 Franken
50 Prozent	396 Franken
60 Prozent	444 Franken
70 Prozent	492 Franken
80 Prozent	528 Franken
90 Prozent	564 Franken
100 Prozent	600 Franken

⁴ Für Erwerbstätige bis zum vollendeten 25. Altersjahr betragen die Einkommensfreibeträge die Hälfte des Betrags nach Abs. 3. *

§ 9b * Integrationszulage während der Dauer von Lehrverhältnissen

¹ Bis zum vollendeten 25. Altersjahr wird während der Dauer eines Lehrverhältnisses eine Integrationszulage ausbezahlt.

*

² Die Integrationszulage beträgt:

- a) im 1. Lehrjahr: 150 Franken
- b) im 2. Lehrjahr: 200 Franken

- c) im 3. Lehrjahr: 250 Franken
- d) im 4. Lehrjahr: 300 Franken

§ 9c * Integrationszulage für Nichterwerbstätige

¹ Nichterwerbstätige, die namentlich an einem Integrations-, Beschäftigungs- oder Qualifikationsprogramm teilnehmen oder ein Praktikum absolvieren oder die sich besonders um ihre soziale Integration bemühen, erhalten eine Integrationszulage. *

² Die Integrationszulage beträgt:

- a) * mindestens 100 Franken und höchstens 300 Franken monatlich;
- b) * für Nichterwerbstätige bis zum vollendeten 25. Altersjahr die Hälfte des Betrags nach Abs. 2 Bst. a.

§ 9d * ...

§ 9e * ...

§ 9f * Berücksichtigung der Integrationszulagen

¹ Ist das Einkommen einer Person höher als deren Bedarf zuzüglich Einkommensfreibetrag und Integrationszulagen, sind Unterstützungsleistungen ausgeschlossen.

§ 9g * Obergrenze der kumulierten Einkommensfreibeträge und Integrationszulagen

¹ Die Obergrenze der kumulierten Einkommensfreibeträge und Integrationszulagen wird auf 850 Franken pro Haushalt und Monat festgelegt.

2.2. Auflagen und Weisungen *

§ 9h * Sicherstellung der zweckmässigen Verwendung von Unterstützungsleistungen

¹ Die zuständige Behörde erteilt im Einzelfall Auflagen und Weisungen zur Sicherstellung der zweckmässigen Verwendung von Unterstützungsleistungen und zum Schutz der Angehörigen.

² Bei der Unterstützung von Familien mit einem oder mehreren Kindern kann insbesondere die Hinterlegung von Motorfahrzeug-Kontrollschildern verlangt werden, wenn der Betrieb des Motorfahrzeuges eine zweckwidrige Verwendung der Unterstützung darstellt.

³ Von einer solchen Auflage ist abzusehen, wenn:

- a) die Betroffenen aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen auf ein Motorfahrzeug angewiesen sind;
- b) die Unterstützungsdauer weniger als sechs Monate beträgt.

2.3. Weitere Bestimmungen *

§ 10 Nothilfe

¹ Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten und in Not geraten, haben auf Gesuch hin Anspruch auf Nothilfe im Umfang von Art. 12 der Bundesverfassung. Für Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretens- oder negativen Asylentscheid, welche Nothilfe beanspruchen, gilt die Verordnung betreffend Sozialhilfe für Personen aus dem Asylbereich vom 27. Januar 2009.¹⁾ *

² Die Nothilfe umfasst die Mittel und Betreuung, die in zeitlicher und sachlicher Hinsicht für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.

³ Sie wird grundsätzlich in Form von Sachleistungen wie Obdach, Nahrung, Kleidung, medizinischer Notversorgung und Beratung ausgerichtet. Statt einzelner Sachleistungen können ausnahmsweise auch Geldzahlungen geleistet werden.

⁴ Die Art, der Umfang und die Dauer der Nothilfe richten sich im Einzelnen nach den jeweils geltenden Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen (SODK).

⁵ Die Einwohnergemeinden können die Leistung von Nothilfe vertraglich einer dritten Stelle übertragen. *

§ 11 Arten

¹ Unterstützung wird in der Regel in Form von Geldleistungen ausgerichtet. *

² Besteht Gefahr, dass Unterstützung nicht zweckentsprechend verwendet wird, so kann sie auf andere Weise, insbesondere in der Form von direkten Zahlungen an Dritte, gewährt werden.

¹⁾ BGS [861.42](#)

³ Bei stationärer Unterbringung sind subsidiäre oder definitive Gutsprachen zu erteilen, soweit die Kostendeckung nicht aus eigenen Mitteln (§ 19 SHG, § 5 SHV) gesichert ist. Zahlungen haben direkt an die betreffende Institution zu erfolgen.

3. Meldung von Unterstützungsfällen

§ 12 * Meldepflichten

¹ Die Gemeinden liefern der Direktion des Innern die eingeforderten statistischen Angaben.

² Hilfeleistungen in Notfällen (§ 27 Bst. b SHG) sind dem Sozialamt des Kantons Zug sobald als möglich zu melden.

4. Rückerstattung von Unterstützungsleistungen

§ 13 Kenntnisnahme durch den Empfänger

¹ Der Empfänger von Unterstützung hat im Sinne von § 25 Abs. 4 SHG unterschriftlich zu bestätigen, dass er von den gesetzlichen Bestimmungen über die Rückerstattungspflicht und die Fristen Kenntnis genommen hat.

² ... *

§ 14 Zuständigkeit

¹ Wurden einem Bedürftigen nacheinander von mehreren Gemeinden Unterstützungen ausgerichtet, so hat in der Regel die letztunterstützende Gemeinde die Rückerstattungsforderungen geltend zu machen.

² Ist in einem Fall auch der Kanton für Rückerstattungsforderungen zuständig (§ 30 Abs. 2 Bst. f SHG), so verständigt er sich mit der letztunterstützenden Gemeinde.

§ 15 * ...

5. Heimaufenthalte

§ 16 * ...

§ 17 * ...

§ 18 * ...

§ 19 * ...

6. Aufsicht über Heime für Erwachsene

§ 20 * ...

§ 21 * ...

§ 22 * ...

§ 23 * ...

§ 24 * ...

7. Schlussbestimmungen

§ 25 Aufzuhebender Erlass

¹ Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung ist die Vollziehungsverordnung zum Gesetz über das Armenwesen vom 30. Mai 1947¹⁾ aufgehoben.

§ 26 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1984 in Kraft.

¹⁾ GS 15, 545

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
20.12.1983	01.01.1984	Erlass	Erstfassung	GS 22, 437
09.12.1998	01.01.1999	§ 1	Titel geändert	GS 26, 251
09.12.1998	01.01.1999	§ 1 Abs. 2	geändert	GS 26, 251
03.12.2002	01.01.2003	§ 6 Abs. 1	geändert	GS 27, 585
27.11.2007	01.01.2008	§ 1 Abs. 3	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 2 Abs. 1	geändert	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 2 Abs. 2	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 3	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 4	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 5	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 6 Abs. 3	geändert	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 6 Abs. 4	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 7	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 8	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 9	totalrevidiert	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 11 Abs. 1	geändert	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 12	totalrevidiert	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 13 Abs. 2	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 15	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 17	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 18	aufgehoben	GS 29, 475
27.11.2007	01.01.2008	§ 19	aufgehoben	GS 29, 475
27.01.2009	01.07.2009	§ 10 Abs. 5	eingefügt	GS 30, 99
16.11.2010	01.01.2011	§ 1 ^{bis}	aufgehoben	GS 30, 691
16.11.2010	01.01.2011	§ 16	aufgehoben	GS 30, 691
16.11.2010	01.01.2011	§ 20	aufgehoben	GS 30, 691
16.11.2010	01.01.2011	§ 21	aufgehoben	GS 30, 691
16.11.2010	01.01.2011	§ 22	aufgehoben	GS 30, 691
16.11.2010	01.01.2011	§ 23	aufgehoben	GS 30, 691
16.11.2010	01.01.2011	§ 24	aufgehoben	GS 30, 691
23.09.2014	01.01.2015	Titel 2.	geändert	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	§ 9	Titel geändert	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	Titel 2.1.	eingefügt	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	§ 9a	eingefügt	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	§ 9b	eingefügt	GS 2014/053

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
23.09.2014	01.01.2015	§ 9c	eingefügt	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	§ 9d	eingefügt	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	§ 9e	eingefügt	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	§ 9f	eingefügt	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	§ 9g	eingefügt	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	Titel 2.2.	eingefügt	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	§ 9h	eingefügt	GS 2014/053
23.09.2014	01.01.2015	Titel 2.3.	eingefügt	GS 2014/053
15.12.2015	01.01.2016	Ingress	geändert	GS 2015/066
15.12.2015	01.01.2016	§ 9a Abs. 4	geändert	GS 2015/066
15.12.2015	01.01.2016	§ 9b Abs. 1	geändert	GS 2015/066
15.12.2015	01.01.2016	§ 9c Abs. 1	geändert	GS 2015/066
15.12.2015	01.01.2016	§ 9c Abs. 2, a)	geändert	GS 2015/066
15.12.2015	01.01.2016	§ 9c Abs. 2, b)	geändert	GS 2015/066
15.12.2015	01.01.2016	§ 9d	aufgehoben	GS 2015/066
15.12.2015	01.01.2016	§ 9e	aufgehoben	GS 2015/066

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
Erlass	20.12.1983	01.01.1984	Erstfassung	GS 22, 437
Ingress	15.12.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015/066
§ 1	09.12.1998	01.01.1999	Titel geändert	GS 26, 251
§ 1 Abs. 2	09.12.1998	01.01.1999	geändert	GS 26, 251
§ 1 Abs. 3	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 1 ^{bis}	16.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 30, 691
§ 2 Abs. 1	27.11.2007	01.01.2008	geändert	GS 29, 475
§ 2 Abs. 2	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 3	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 4	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 5	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 6 Abs. 1	03.12.2002	01.01.2003	geändert	GS 27, 585
§ 6 Abs. 3	27.11.2007	01.01.2008	geändert	GS 29, 475
§ 6 Abs. 4	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 7	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 8	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
Titel 2.	23.09.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014/053
§ 9	27.11.2007	01.01.2008	totalrevidiert	GS 29, 475
§ 9	23.09.2014	01.01.2015	Titel geändert	GS 2014/053
Titel 2.1.	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053
§ 9a	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053
§ 9a Abs. 4	15.12.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015/066
§ 9b	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053
§ 9b Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015/066
§ 9c	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053
§ 9c Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015/066
§ 9c Abs. 2, a)	15.12.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015/066
§ 9c Abs. 2, b)	15.12.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015/066
§ 9d	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053
§ 9d	15.12.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015/066
§ 9e	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053
§ 9e	15.12.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015/066
§ 9f	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053
§ 9g	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053
Titel 2.2.	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053
§ 9h	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
Titel 2.3.	23.09.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/053
§ 10 Abs. 1	27.11.2007	01.01.2008	geändert	GS 29, 475
§ 10 Abs. 5	27.01.2009	01.07.2009	eingefügt	GS 30, 99
§ 11 Abs. 1	27.11.2007	01.01.2008	geändert	GS 29, 475
§ 12	27.11.2007	01.01.2008	totalrevidiert	GS 29, 475
§ 13 Abs. 2	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 15	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 16	16.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 30, 691
§ 17	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 18	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 19	27.11.2007	01.01.2008	aufgehoben	GS 29, 475
§ 20	16.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 30, 691
§ 21	16.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 30, 691
§ 22	16.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 30, 691
§ 23	16.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 30, 691
§ 24	16.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	GS 30, 691